

Die "Vorzeit" erscheint morgens zum achtmittigen, Sonntags und Montags zum zehnten. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung im Jahre für Deutschland 10 RM, im Ausland 12 RM. Postbezug nehmen sämtliche Buchhandlungen, Verleger und Buchhändler. Unter Drucklegung des Reichs-Verlags, Berlin, Unter den Eichen 27. Preis des Heftes 1,20 RM, des Jahrganges 12 RM, des Auslandes 14 RM. Preis des Heftes für Deutschland u. Österreich-Ungarn 60 Pf., für das Ausland 70 Pf. Vertrieb und Verlag: Verlag C. E. Desch, StraÙe 6-8.

Die wichtigste Anzeigengruppe über den Raum kostet 5,- RM einschließlich Druckkosten. Kleine Anzeigen: Das tägliche Wort 2,- RM, jedes weitere Wort 1,50 RM, einschließlich Druckkosten. Wochentliche Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 1,20 RM, netto des Heftes. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: Das tägliche Wort 1,20 RM, jedes weitere Wort 1,- RM. Fernsprecher: Zentrum 15230-15238

Die Vorzeit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die bayerische Reaktion plant den Putsch Bayern droht

Es stellt sich täglich deutlicher heraus, daß die angebliche Verhandlungsbereitschaft der bayerischen Regierung eitel Blendwerk und nur von der Absicht getragen ist, die schnelle Erledigung der Frage der Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes durch Verschleppung zu verhindern. Kein Geringerer als der bayerische Gesandte in Berlin, Dr. v. Preger — derselbe Mann, der sich schon in den Sitzungen des Reichstagsausschusses in der vorigen Woche, über die wir ausführlich berichtet haben, durch ein unerhört anmaßendes Auftreten auszeichnete — läßt sich erkennen, wie es in Wirklichkeit um die friedlichen Absichten der Regierung Kahr steht. Er hat einem Redaktionsmitglied des "Berliner Lokal-Anzeigers" eine Unterredung gewährt, um seine Auffassung über die Lage wiederzugeben. Das "Gefahrenmoment", führte er aus, liege an der verschiedenen parteipolitischen Einstellung in München und in Berlin. Die Reichsregierung sei zu sehr von der Sozialdemokratie beider Richtungen beeinflusst, die bayerische Regierung aber sei lediglich eine Regierung der bürgerlichen Parteien. Dann fährt der Bericht fort:

In Bayern sieht man größtenteils und vornehmlich auch in maßgebenden politischen Kreisen die Lage so an, als ob die Reichsregierung es auf eine Kräfteprobe mit der bayerischen Regierung ankommen lassen wollte, oder indessen das Weltergehen herauszubekommen. In München werden Auslassungen des Reichsfinanzlers kolportiert, die diese Auffassung zu fördern geeignet sind und natürlich zu einer Verschärfung der Situation das Ihrige beitragen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß hinter der Regierung Kahr über zwei Drittel des gesamten bayerischen Volkes stehen, wie es die Wahlen zur Genüge bewiesen haben.

Falls die Reichsregierung auf ihrem Verlangen, den Ausnahmezustand aufzuheben, bestehen bleiben sollte, tritt die Gefahr in den Vordergrund, daß die Regierung Kahr zurücktritt. Ob dieser Rücktritt jedoch ohne weiteres glatt vonstatten gehen würde, oder ob an dies Ereignis nicht irgendwelche unliebsamen Erscheinungen sich anknüpfen würden, mag dahingestellt bleiben. Die Regierung Kahr genießt in Bayern eine solche große Popularität, daß ein durch die Reichsregierung erzwungener Rücktritt des bayerischen Ministeriums unter Umständen sogar eine Bewegung im Volke auslösen könnte, deren Tragweite vorhersehbar nicht zu überschätzen ist und die dem Gedanken der Reichseinheit auf keinen Fall förderlich wäre.

Herr von Preger droht also mit der bewaffneten Erhebung der bayerischen Reaktion und mit der Gefährdung der Reichseinheit, also der Postrennung Bayerns. Wir sind zwar fest davon überzeugt, daß er damit den Mund zu voll nimmt, denn die zwei Drittel des gesamten bayerischen Volkes, von denen er spricht, wollen mit der Gewaltregierung Kahr innerlich so wenig zu tun haben, wie die Bevölkerung der anderen Reichsteile. Die Mehrheit des bayerischen Volkes wird auch abzuschätzen wissen, was eine Postlösung Bayerns vom Reiche wirtschaftlich bedeuten würde. Dagegen glauben wir dem Gesandten aufs Wort, daß ein bewaffneter Aufstand des Landes der bayerischen Reaktion von den Hintermännern der Regierung Kahr, den traurigen Gefellen um Escherich, längst vorbereitet ist und daß die in illegaler Form fortbestehenden Kotten der Einwohnerwehr bereitstehen, um diesen Aufstand gegen das Reich und gegen die Republik durchzuführen. Dennoch würde das Reich, wenn es alle Kräfte, die zur Republik halten, mobil macht, mit einem solchen Putsch mühelos fertig werden.

Aber es ist ein unerhörter Zustand, daß die in Bayern herrschende Gesellschaft eine solche Drohung offen und ohne Gefahr überhaupt aussprechen darf. Herr v. Preger erklärte, er leide die bestehende Spannung im Kern her aus der "falschen Konstruktion der Reichsverfassung", die den partikularistischen Bestrebungen zu wenig Raum gebe. Umgekehrt betrachtet ist das richtig; es scheint in der Tat ein schwerer Konstruktionsfehler in der Reichsverfassung vorzuliegen, wenn es möglich ist, daß sich in einem Teile der deutschen Republik eine durchaus monarchistisch gesinnte Regierung festsetzen könnte, um von dort aus den Kampf gegen die Republik mit Staatsmitteln organisieren zu können.

Zum Schluß riskiert es Herr Preger, die Drohung mit dem Generalstreik als einen "Bluff" zu bezeichnen. Und er wagt es, hinzuzufügen, es wäre "Verbrechen und Undernunft zugleich, unseren tapferen Wirtschaftskörper neuer Torturen zu unterwerfen". Das sagt ein Mann, dessen politische Kampagne durch ihr hauptsächlichstes Treiben dem deutschen Wirtschaftskörper und allen übrigen deutschen Lebensinteressen die schwersten Schäden zugefügt

haben und Deutschland dauernd schädigen. Wenn die deutsche Arbeiterschaft es nötig haben sollte, im Verlauf dieser Krisis zur Waffe des Generalstreiks zu greifen, so tut sie das, um das deutsche Volk endlich von den reaktionären Gefahren und Quälgeistern zu befreien und damit Deutschlands Ansehen im Auslande endlich wieder soweit zu heben, daß auch die deutsche Wirtschaft dabei wieder leben kann.

Wie es um den "Bluff" des Herrn von Preger bestellt ist, zeigen die Nachrichten über die Vorbereitungen zum Abwehrkampf gegen die Reaktion, die die bayerische Arbeiterschaft trifft. Der Ausschuß der freigewerkschaftlichen Landeszentrale Bayerns war, wie wir schon im Morgenblatt schrieben, am Dienstag in München versammelt, um zur gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. Die Konferenzvertreter der 8 bayerischen Regierungsbezirke suchten im Laufe des Vormittags beim bayerischen Ministerpräsidenten eine Besprechung nach. In dieser Besprechung sollte die nachfolgende Erklärung, deren Wortlaut wir noch nachtragen wollen, mündlich begründet werden:

„Die versammelten Mitglieder des Gewerkschafts-Bundesausschusses Bayerns erklären nach sorgfältiger Prüfung der gegenwärtig bestehenden Verhältnisse der bayerischen Landesregierung folgendes:

In Uebereinkimmung mit der Arbeiterschaft Deutschlands, die ihren Willen in der verflochtenen Woche in unabweisbarer Weise zu erkennen gegeben hat, hatten wir im Interesse der Aufrechterhaltung der Reichseinheit und der demokratischen Republik die

sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern

für unbedingt notwendig. Der in Bayern geltende Ausnahmezustand ist bisher einseitig gegenüber den Bestrebungen der Arbeiterschaft in Wirklichkeit getreten, hat dagegen alle auf Gefährdung der demokratischen Republik gerichteten Bestrebungen von rechts unangestastet gelassen. Die bayerische Arbeiterschaft muß feststellen, daß die Regierung diesen Zustand nicht nur kennt, sondern duldet. Sie verlangt von der bayerischen Regierung, daß sie bei Gelegenheit der von der Reichsregierung an sie ergangenen Aufforderung nicht nur den Ausnahmezustand für Bayern mit unverzüglicher Wirkung aufhebt, sondern daß sie darüber hinaus Maßnahmen trifft, die die Sicherung der Demokratie und der Republik auf das Bestimmteste gewährleisten.“

Der Ministerpräsident hatte zur Besprechung keine Zeit, trotz der Dringlichkeit der Sache. Im Laufe des Nachmittags erfolgte eine Vertagung auf Mittwoch. Die Konferenz sah sich deshalb gezwungen, diejenigen Maßnahmen zu beraten, die sich unter Umständen als notwendig erweisen sollten, wenn die bayerische Regierung es vorziehen sollte, auf ihrem bisherigen Standpunkte gegenüber der Reichsregierung zu beharren.

Herr von Preger und die Seinen sollten sich also auf den "Bluff" gefaßt machen. Die deutsche Arbeiterschaft aber steht geschlossen hinter ihren bayerischen Genossen, und sie wird nicht eher ruhen, als bis der bayerische Ausnahmezustand und mit ihm die Gesellschaft um Kahr verschwinden sind!

Die „neutrale“ Saar-Regierung Verbot der sozialistischen Kundgebung

Wie an vielen Orten Deutschlands, so hatten sich auch im Saargebiet die drei sozialistischen Parteien, die Reichsozialisten, die Unabhängigen und die Kommunisten, zusammenschließen, um gemeinsam zu der Ermordung Erzbergers Stellung zu nehmen. Vorgesehen waren drei öffentliche Protestversammlungen, und zwar in Saarbrücken, Neunkirchen und Bülbingen. Man hatte weiter in Aussicht genommen, in den Versammlungen zum Ausdruck zu bringen, daß trotz der Trennung vom Mutterlande die Bevölkerung des Saargebietes sich eng mit den deutschen Volksgenossen verbunden fühle. Die Saar-Regierung hat nun den Auftrag auf Genehmigung der Versammlung abgelehnt mit der beziehenden Begründung, daß die Bevölkerung im Saargebiet nichts mit den Vorgängen im Reiche zu tun hätte. Dazu schreibt die rechtssozialistische "Volkstimme" in Saarbrücken: Es sei der Regierungskommission noch einmal ausdrücklich gesagt, daß sich das deutsche Proletariat des Saargebietes heute und immer von der Regierungskommission keine Meinung anerkennen lassen wird, ob es in dieser oder jener Sache mit Vorgängen im Mutterlande etwas zu tun hat oder nicht. Die Gefühle und die Sympathie für die Republik Deutschland und für unsere proletarischen Volksgenossen im Reiche reißt man nicht durch Verbot nicht aus dem Herzen der Saarbevölkerung.

Die Frankenwährung

Die Regierungskommission des Saargebietes hat an den Bürgermeister von Saarbrücken ein Schreiben gerichtet, nach dem ab 1. April 1922 auch die Franken, Angestellten und Arbeiter der Kommunalverwaltung in Franken zugelassen werden müssen.

Kapitalisten und Gemeinsinn

Die Bemerkungen des Reichsfinanzministers Dr. Wirth in seiner Rede in der Zentrumsversammlung vom Sonntag über den Egoismus und die Gewinnsucht der Kapitalisten, die in der Hoffnung auf das Steigen des Dollarkurses die Ablieferung der Devisen immer weiter verzögert haben, haben die Bankkapitalisten sehr verlezt. Der Vorkurs des Wagners an Gemeinsinn von einer so autoritativen Stelle ausgesprochen, ist den Herren überaus unangenehm. Der wegen seiner Verdienste um das Kapital in Bankkreisen höchst beliebte Geheimrat Dr. Kießer hat deshalb den Reichsfinanzminister wegen seiner Äußerung interpelliert. In seiner Antwort hat Dr. Wirth, wie wir bereits mitteilten, erklärt, daß seine Vorkurs sich in erster Linie auf den ungeheuren Egoismus der Devisenbesitzer stütze. Wenn aus dieser Antwort die Bankkapitalisten die Folgerung ziehen, daß die Kapitalisten höchst einwandfrei gehandelt haben, ist das nicht nur unrichtig, sondern auch eine falsche Auslegung der Antwort des Reichsfinanzministers. Durchaus zutreffend stellt die "Vossische Zeitung" fest, daß der Kernpunkt ist:

„Sind der Regierung Schwierigkeiten bei der Besorgung der notwendigen Reparationsdevisen gemacht worden oder nicht? Jeder, der die Verhältnisse kennt, kann sich hier nur auf die Seite des Reichsfinanzministers stellen und muß diese Frage unumwunden mit Ja beantworten. Allerdings ist das nicht die Schuld der Großbanken und der führenden Bankhäuser, in erster Linie war daran die ziellose Devisenspekulation schuld. In einem früher ganz ungehörtten Maße spekuliert heute das Publikum, spekuliert aber auch eine große Reihe von Bankfirmen in fremden Währungswechseln. Und es unterliegt wohl gar keinem Zweifel, daß die Masse dieser Spekulanten sich gerade auf Dollardevisen gestützt hat, als sie erfuhr, daß die deutsche Regierung zu Reparationszwecken Dollars kaufen müsse.“

Durch die Beschaffung der Reparationsdevisen dem Reiche ganz erheblich veräußert worden. Wie ja überhaupt die Notlage des Reiches von vielen vielen Staatsbürgern leider dazu benutzt wird, sich in la Hausse in Devisen zu engagieren, weil man annimmt, daß die vorläufig noch recht unvollkommene Steuerdeckung des Reichsetats die Reichsregierung zu weiterem Notendruck zwingen wird, wodurch die deutsche Balanta sich weiter verschlechtern und der Kurs aller fremden Wärsel weiter steigen muß. Von welchem naiven Egoismus diese Spekulanten vielfach besetzt sind, kann man mitunter geradezu auf der Straße erfahren. Die Devisenspekulation bildet heute in der Straßenbahn, auf der Stadtbahn und in der Untergrundbahn das häufigste Gesprächsthema. Und Herr Geheimrat Kießer hätte einmal hören müssen, wie entrückt sich diese Spekulanten in ihren Gesprächen äußerten, als seinerzeit die Reichsbank die Mitteilung veröffentlichte, sie sei mit ihren Devisenkäufen für die Reparation zu Ende. Diese Leute empfanden das damals wie einen Eingriff in ihr Naturrecht auf dauernde Kurssteigerung. Diese Spekulanten legen sich aus allen Kreisen der Bevölkerung, nicht nur den städtischen, sondern auch der ländlichen zusammen.

Eine weitere Erscheinung hat aber das Bestreben der Reichsbank, sich Devisen zu verschaffen auch bei manchen Industriellen und Exportkaufleuten gefunden, die für ihre Verkäufe aus Ausland bemüht waren, einen viel größeren Teil ihrer Devisenforderungen im Ausland zu befreien, als für die reguläre Abwicklung ihres Geschäfts notwendig war.“

Diese Feststellungen sind für den, der das Wesen des Kapitalismus erkannt hat, nichts Neues. Für die Kapitalisten aller Art ist doch niemals das Streben nach Förderung der Interessen der Allgemeinheit ausschlaggebend gewesen, sondern stets nur der Wunsch nach Steigerung des Profits. Deshalb die Angriffe des Reichsfinanzministers gegen die Kapitalisten des Bankgewerbes und gegen die Devisenspekulanten, so erheblich es doch die Gerechtigkeit, festzustellen, daß der Gemeinsinn in anderen Kreisen des Kapitals genau so wenig entwickelt ist, wie bei Banken- und Börseninteressenten.

Am allerdeutlichsten tritt das zutage in der Stellungnahme der Kapitalisten zur Steuerleistung. Inwidergesprochen läßt sich heute feststellen, daß die kapitalistischen Kreise das Prinzip der legalen und illegalen Steuerhinterziehung teilslos verwirklicht haben. Nie ist die Steuerhinterziehung so groß gewesen, wie gegenwärtig. Nie wurde sie in solchem Umfange nicht nur von den einzelnen geübt, sondern von den Organisationen der Produzenten aller Art so systematisch wie gegenwärtig sorgsam gepflegt. Was sind die Steuerberatungsstellen der agrarischen und industriellen Organisationen anderes als Einrichtungen zum systematischen Betrug gegenüber dem Reiche?

Steuerhinterziehung gibt ja heute geradezu als ein Verdienst der bestehenden Kreise, nicht aber als eine Schmach und ein Betrug an der Allgemeinheit. Erst kürzlich hat ein Direktor der Deutschen Bank, Oscar Wallermann, im "Bankarchiv" die Steuerhinterziehung folgendermaßen "erklärt":

„Fast keine der eingeführten Steuern wird als Auflage einer Volksgemeinschaft geachtet; man betrachtet sie lediglich als Zwangsmäßigkeit einer Parteiregierung, hält sie für ungerecht, weil sie den Nachbar nicht im gleichen Ausmaß mittrifft, und entzieht sich ihr, soweit es möglich ist. Man verzögert, daß man die los forendas (das zu gebende Gesch. Neb. d. Fr.) aus äußerster Bekämpfung kann, daß der los lat. (das fertige Gesch. Neb. d. Fr.) aber unter allen Umständen zu liegen hat.“

